

Michel Foucault: Geschichte der  
Gouvernementalität I. Sicherheit,  
Territorium, Bevölkerung;  
Geschichte der Gouvernementalität  
II. Die Geburt der Biopolitik.  
Vorlesungen am Collège de France  
1977/78 und 1978/79, Suhrkamp  
Verlag, Frankfurt a. M. 2004,  
600 S. u. 517 S. (je 38 €)

Am 25. Juni 1984 starb der französische Philosoph und Historiker Michel Foucault in einem Pariser Krankenhaus an Aids. Sein Testament gliederte der erst 58-jährige Foucault in drei kurze Teile, wovon der dritte und letzte einen einzigen Satz umfasst: *Keine posthume Veröffentlichung*. Dieser Verfügung ist mit notorischer Ignoranz entsprochen worden, so dass Foucault heutzutage den karikierenden Ruf eines Philosophen besitzt, der nach seinem Tode weit mehr als zu Lebzeiten hat publizieren können. Auch wenn sich jene ›testamentarische Missachtung‹ nicht gänzlich von dem Vorwurf eines Profitstrebens zu lösen weiß, so erscheint sie zumindest von einem wissenschaftlichen Gesichtspunkt aus als dennoch wünschenswert: Neben unzähligen Interviews und Artikeln sind es nämlich insbesondere Foucaults am *Collège de France* gehaltene Vorlesungen, die sich durch eine Vielfalt an Themenbereichen auszeichnen, die in den schriftlichen Werken Foucaults oftmals nur marginale Einarbeitung fanden.

In die Reihe der posthumen Veröffentlichungen jener Vorlesungen, die der Foucault-Rezeption bis in die Gegenwart neuartige Forschungsfelder eröffnen, fügen sich nun auch *endlich* und *endgültig* die Vorlesungen von 1977-78 und 1978-79 als zweibändige »Geschichte der Gouvernementalität« ein. *Endlich*, da der Ruf dieser Vorlesungen ihrem jetzigen Erscheinen um mehr als ein Jahrzehnt voraus-eilte und ihre desideraten Inhalte im anglo-amerikanischen Raum bereits zur Etablierung einer eigenen universitären Disziplin – den *governmentality studies* – führte. *Endgültig*, da den Rezipienten mit der »Geschichte der Gouvernementalität« nun eine ausführliche Primärliteratur an die Hand gegeben ist, die

mitunter auch eine kritische Distanz zu dem weiten Feld der gegenwärtigen Gouvernentalitätsforschung erlaubt, deren unentwegter Behauptung, im ›Anschluss an Foucault‹ zu operieren, man sich bislang nur blindlings anvertrauen konnte.

Richten die *governmentality studies* ihr Augenmerk jedoch in erster Linie auf neoliberale Subjektivierungsprogramme, welche die vom Neoliberalismus postulierte ›Freiheit des Individuums‹ als Bestandteil einer politisch-ökonomischen Strategie dechiffrieren, so setzt Foucaults ›Genealogie des modernen Staates‹ zunächst bei einem anderen Phänomen an, das mit jenem Analyseschwerpunkt nur wenig gemein zu haben scheint. *Band I* der »Geschichte der Gouvernementalität« befasst sich mit der ›Staatsräson‹, deren Ausgangspunkt Foucault in den Ideen des frühchristlichen Pastorats erblickt. Durch das Bild des Hirten symbolisiert, der sich dem Wohle seiner Herde verschreibt, bildete das Pastoratsthema – das auch heute noch in der päpstlich apostolischen Konstitution *Universi Dominici Gregis* (›Hüter der gesamten Herde des Herrn‹) zum Ausdruck kommt – aufgrund seiner individualisierenden Zielsetzung lange Zeit den Widerpart zur zentralisierenden Macht des Staates. Die Besonderheit der *Staatsräson*, die als Regierungskunst im 16. und 17. Jahrhundert allmählich entsteht, zeichnet sich laut Foucault dadurch aus, die »Pastoraltechnologie zur Menschenführung« gewissermaßen säkularisiert in sich aufgenommen zu haben. Seit dem klassischen Zeitalter ist der moderne Staat Totalisierungs- und Individualisierungsinstanz zugleich – *omnes et singulatim*.

Auch wenn der erste Band der »Geschichte der Gouvernementalität« allein schon aufgrund seiner beispiellosen Fülle an analytischen Ausführungen lesenswert ist: den RezipientInnen ist jene darin vertretene These Foucaults bereits im Wesentlichen bekannt. Denn bereits zu Beginn der 90er Jahre erschienen im Suhrkamp Verlag von Foucault an der Universität Stanford und Vermont gehaltene Vorträge, die im Keim als Zusammenfassung seiner Staatsräson-Analyse am *Collège de France* betrachtet werden können.

Es wäre jedoch verfrüht anzunehmen, die Regierungsweise des modernen Staates gründe im Denken Foucaults ausschließlich auf einer

politischen Aneignung ›pastoraler Machttechnologien‹. Aus der Verbindung von *politischer* und *pastoraler Macht* entstand weniger eine seit dem 16. Jahrhundert gleich bleibende juristische Strategie. Dieses Ineinandergreifen führte vielmehr ein ›reflexives Moment‹ in den Handlungsbereich staatlich-politischer Macht ein, das Foucault im Begriff der *Gouvernementalität* zusammenfasst: »Was es für unsere Modernität, das heißt für unsere Aktualität an Wichtigem gibt, ist nicht die Verstaatlichung der Gesellschaft, sondern das, was ich eher die ›Gouvernementalisierung‹ des Staates nennen würde«. Bezeichnend hierbei ist, dass dieser fortlaufend selbstreflexive Rationalisierungsprozess des Staates, aus dem einst die Kunst der *Staatsräson* selbst entsprang, wenig später nur auf deren Untergang verweist. Im Gewand des ›politischen Liberalismus‹ gewinnt spätestens im 18. Jahrhundert eine »Gegen-Bewegung« an Kontur, welche die politische Dominanz der *Staatsräson* allmählich in Frage zu stellen beginnt. Allmählich nur, da der Liberalismus als »ökonomische Vernunft« nicht im Begriff ist, die »Staatsräson zu ersetzen, sondern der Staatsräson einen neuen Inhalt, und folglich der Rationalität des Staates neue Formen zu verleihen«. Der *politische Liberalismus* fordert gegenüber dem Staat einen ökonomischen Freiraum ein, der gleichsam noch ›parallel‹ zur *Staatsräson* verläuft, und erst Band II der »Geschichte der Gouvernementalität« stellt dar, wie es dem ›Neoliberalismus‹ schließlich gelingen wird, jenes dichotome Verhältnis zu durchbrechen.

Foucaults Analyse des Neoliberalismus setzt sich – nebst einer partiellen Bezugnahme auf den Anarcho-Kapitalismus Nordamerikas – hauptsächlich mit dem ›Ordoliberalismus‹ der ›Freiburger Schule‹ auseinander. Im Kern bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Entstehen begriffen, sieht Foucault die hegemoniale Entfaltung des ›Ordoliberalismus‹ erst in der postnazistischen Nachkriegszeit am Werke. Die zentrale These Foucaults ist, dass der Neoliberalismus gerade im deutschen Denken seine sowohl subtilste als auch radikalste Ausformulierung erfuhr, da im Deutschland der Nachkriegszeit schlichtweg *kein* Staat vorhanden war, der gegenüber der Ökonomie einen gleichwertigen Platz für sich hätte in Anspruch nehmen können. Der westdeutsche

Staat existierte lediglich *ex negativo* und bedurfte genau aus diesem Grund einer neoliberalen Wirtschaftsordnung, um sich mittels dieser politisch zu rechtfertigen. Bei der modernen Gouvernementalität handelt es sich um »eine Genese, eine ständige Genealogie des Staates im Ausgang von der Institution der Wirtschaft«. Eine Genese allerdings, die auf eine fundamentale Paradoxie verweist: Wenn nämlich die »Einrichtung wirtschaftlicher Freiheit wie ein Siphon, wie ein Sprungbrett für die Bildung einer politischen Souveränität« funktioniert, dann muss der Staat seine politische Legitimität und Existenzberechtigung über den Umweg einer wirtschaftlichen Praxis erlangen, die ihn – und das ist der Widerspruch – als per se unfähig und fehlerhaft diffamiert. Fortan besitzt der Staat nur noch insofern eine politische Souveränität, als er sich explizit und ausschließlich der Freiheit des Marktes verschreibt. Foucaults Fazit ist somit einfach: Es ist die durch den Zweiten Weltkrieg verursachte Ohnmacht des deutschen Staates, die ihn zur perfiden Vorreiterrolle einer neoliberalen Politik führen wird.

Die große Schwachstelle dieser Konzeption besteht hierbei in einer Ausblendung des ›Keynesianismus‹, der für eine Analyse der Transformation des Liberalismus in seinen neoliberalen Nachfolger unabdingbar wäre. Auf Keynes jedoch kommt Foucault kaum, und wenn, dann nur in wenigen Randbemerkungen zu sprechen, so dass im Konzept der Gouvernementalität eine *theoretische Lücke* klafft, welche die Zäsur des Zweiten Weltkrieges alleine nicht zu schließen vermag.

Dennoch, die zweibändige »Geschichte der Gouvernementalität« liefert eine scharfsinnige Analyse der Ursprünge und Wesenszüge des modernen Staates, deren Wert allein schon darin liegt, dass Foucault mit ihr das von ihm so bevorzugte Terrain des klassischen Zeitalters verlässt, um seinen Blick zum ersten Mal der Gegenwart zuzuwenden. Eine »aktive Politik ohne Dirigismus«, das meint Foucaults Begriff der modernen Gouvernementalität. Eine »Politik der Ökonomisierung« bedeutet eine »Ökonomisierung des Sozialen«, die das Individuum marktkonform produziert und gestaltet, um es den Erfordernissen und Richtlinien einer Wettbewerbsgesellschaft anzupassen.

An dieses Erbe suchen die *governmentality studies* anzuschließen, indem sie den ›Rückzug des Staates‹ als ›Strategie‹ verstehen, die gerade nicht mit Zwang, sondern mit der Eigenverantwortung des Einzelnen operiert. Ein durch die »Geschichte der Gouvernamentalität« nun ermöglichter Rückgriff auf jene Schaffensphase Foucaults könnte gerade auch für die Gouvernamentalitätsforschung von erheblichem Interesse sein. Nicht zuletzt deshalb, weil dem gegenwärtigen Trend der *governmentality studies*, jeden nur erdenklichen Gesellschaftsbereich mit dem Netz der Gouvernamentalität zu überziehen, anhand Foucaults detaillierter Untersuchung entgegenzutreten wäre.

JOHANNES SCHEU

**Mario Candeias: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Argument Hamburg 2004, 380 S. (20,50 €)**

Dass es mit dem Fordismus zu Ende geht, war der polit-ökonomischen Regulationsschule, die die Diskontinuität kapitalistischer Entwicklung und die Spezifik einzelner Perioden untersucht, bereits sehr früh klar; tatsächlich beerdigt wurde er jedoch selten. Trotz des gründlichen Umbaus der alten Gesellschaftsformation wird immer noch die – zunehmend langweilige – Frage diskutiert, ob wir noch im *Postfordismus* oder bereits im *Postfordismus*, noch in der Krise der verblassenden alten oder schon in der erst schemenhaft vorhandenen und noch namenlosen neuen Ordnung leben. Fest auf den Schultern der marxistischen Gesellschaftstheorie stehend, stellt sich Candeias die alten Fragen nach der Korrespondenz von Akkumulation und Regulation, der Kohärenz der Regulation und der Hegemonie der neuen Produktions- und Lebensweise, findet dabei aber neue Antworten. Gerade weil er nicht den Fehler begeht, die außergewöhnliche Stabilität und Wachstumsdynamik der fordistischen Kon-

stellation zum Maßstab der historischen Folgeperiode zu erheben, zerschlägt er geschickt den gordischen Knoten der Fordismus/Postfordismus-Debatte. Der Neoliberalismus – so sein Schluss – hat längst ein »neues Entsprechungsverhältnis eines hochtechnologischen Paradigmas der Arbeit, eines transnationalen finanzkapitalistischen Akkumulationsregimes und einer wettbewerbs- und workfare-orientierten Regulationsweise unter neoliberaler Hegemonie« (S. 12) hervorgebracht. Der Neoliberalismus ist »das neue Gesicht des Kapitalismus«. Seine Hegemonie gründet nicht auf einer dem Fordismus analogen Stabilität oder inneren Kohärenz, sondern auf einem »prekären Gleichgewicht im Ungleichgewicht« (S. 159), das sich nur herstellt, wenn und indem unterschiedliche gesellschaftliche Interessen zu einem räumlich und zeitlich begrenzten Kompromiss zwischen dem herrschenden »Block an der Macht« und einem Teil der Beherrschten vereinheitlicht werden (S. 44).

Der »Gang der Untersuchung« (S. 55), also die Kapitelfolge, orientiert sich – der Methodologie der Regulationsschule folgend – an den »grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnissen« und Widersprüchen (S. 24), hier: den Geld-, Arbeits-, Geschlechter- und Staatsverhältnissen. Vorgeschaltet ist eine Analyse der »prägenden Denker der Zeit« (S. 79).

Der Neoliberalismus kam als Ideologie zur Welt, als plurale, aber relativ kohärente Weltanschauung organischer Intellektueller der Österreicher und Chicagoer Schule. Unverhohlen klassenparteiisch erklärten sie die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse und den keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum Gegner und postulierten Markt und Wettbewerb als überlegene Mechanismen gesellschaftlicher Koordination und Selektion. Die Unvollkommenheit des Marktes wurde durchaus zugestanden und seine notwendige Einbettung in eine institutionelle Ordnung hervorgehoben. Zentrales Merkmal einer funktionalen Ordnung sei jedoch, dass der Staat nicht umverteilend gegen, sondern mit dem Markt arbeite. Da sich die Funktionsprinzipien des Staats an den Markt anschmiegen sollen, wird der Markt letztlich zum »Grundprinzip nicht nur ökonomischer, sondern gesellschaftlicher Organisa-

tion überhaupt« erklärt (S. 89). Die transnationalen Fraktionen des Kapitals erkennen in der neoliberalen Theorie ihre eigene Weltsicht in verallgemeinerter Form. Gleichwohl wurde nicht die »reine Lehre« praktisch umgesetzt, sondern ein mit den Interessen subalternen Gruppen reartikulierter Kompromiss.

Die neoliberale Transformation nahm beim Geldverhältnis ihren Ausgang. Als es am Ende der fordistischen Wachstumsperiode zum Fall der Profitrate und zur Überakkumulationskrise kam, wurde das Bretton-Woods-System der festen Wechselkurse flexibilisiert, setzte die Flucht aus dem schwachen Dollar ein, nahm die Spekulation mit Devisen rapide zu und gewannen Welthandel samt nationaler Handelsbilanz an Bedeutung. Durch eine Vielzahl von Finanzinnovationen wandelten sich die Weltfinanzmärkte »zu einer selbständigen Verwertungssphäre für Kapital« (S. 114). Der Zins verselbständigte sich gegenüber dem Profit, und die innerkapitalistischen Kräfteverhältnisse verschoben sich vom Produktivkapital zum Finanzkapital. Seine Macht zeigt sich in der Reorientierung der Unternehmenspolitik auf kurzfristige Gewinne ebenso wie in der Ausrichtung staatlicher Wirtschafts- und Geldpolitik auf einen »angebotspolitischen ›Währungsprotektionismus« (S. 111). Der neue Finanzkapitalismus verankerte in den kapitalistischen Zentren das haushaltspolitische Austeritätsprinzip und in der gerade in die Schuldenfalle getriebenen Dritten Welt den Zwang zur »Strukturanpassung«. Die großen Finanzkrisen der 1990er Jahre seien kein Zeichen sich abschwächender Hegemonie (S. 143), da ihre Kosten räumlich in die Peripherie verlagert, zeitlich verzögert und sozial externalisiert werden konnten.

Der neue Finanzkapitalismus trug auch zur neoliberalen Restrukturierung der Lohnverhältnisse bei. Die aufgrund der erhöhten Kapitalmobilität glaubhafte Drohung transnationaler Standortverlagerungen erzwingt Zugeständnisse von Seiten der nur im nationalen Raum organisierten Arbeitskräfte. Die technisch und politisch-ökonomisch induzierte Massenarbeitslosigkeit schwächte die Solidarität und Kampfkraft der Lohnabhängigen sowie die fiskalische und legitimatorische Basis des Wohlfahrtsstaats. Statt zum prognostizierten »Ende der Arbeitsgesellschaft« kam es zur

Entwertung der Arbeitskraft und zur Einschränkung der dekommodifizierenden Funktion des Wohlfahrtsstaats. Gleichzeitig wird ein neues technologisches Paradigma der Arbeit gesucht, das zunächst als Duett flexibilisierter Arbeitsprozesse (Qualifizierung der Arbeitskräfte, Abbau direkter Kontrolle, Arbeitsplatzgarantien für Kernbelegschaften) und flexibilisierter Beschäftigungsverhältnisse (vertiefte Taylorisierung und Automatisierung, Beschäftigungsunsicherheit) auftrat. Am Ende einer Such- und Experimentierphase konvergierten die »Paradigmen der forcierten Automatisierung und der flexiblen Personaleinbindung asymmetrisch in Richtung auf eine neotayloristische Arbeitsorganisation mit begrenzter Einbindung ausgewählter Beschäftigter mit zentralen Funktionen« (S. 185 f). Der asymmetrischen Polarisierung der Qualifikationen entspricht die Spreizung der Einkommen und die Spaltung des Proletariats in ein gering qualifiziertes »Prekariat« und ein hoch qualifiziertes »Kyberiat«. Wie im Fordismus gilt immer noch, dass die Hegemonie der Fabrik entspringt (Gramsci). »Dabei artikulieren die neuen Formen der Arbeit unter neoliberaler Hegemonie – in einer verkehrten und partikularen Weise – eine ganze Reihe alter emanzipativer Forderungen, etwa nach mehr Autonomie und Höherqualifikation. Es sind nicht zuletzt gerade diese ver-rückten emanzipativen Momente, die das neoliberale Projekt zustimmungsfähig machen« (S. 205).

Da Geschlechterverhältnisse selbst immer schon Produktionsverhältnisse sind, sind sie Voraussetzung und Medium der neoliberalen Restrukturierung. Dabei können sie jedoch nicht aus der Ökonomie »abgeleitet« werden, sondern besitzen eine vom Kapital (relativ) unabhängige Eigenlogik. Nach dem Ende des Familienlohns für den männlichen »Ernährer« besteht für Frauen zunehmend die Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit, die jedoch auch als Emanzipation von Hausarbeit und patriarchaler Familie verstanden wird. Zur Durchsetzung neuer Arbeitsverhältnisse instrumentalisiert das Kapital Geschlechterdifferenzen, die aber gleichzeitig als identitäre Basis von Widerstand dienen können. Die Kleinfamilie leidet im Neoliberalismus an der von der erwerbstätigen Frau hinterlassenen und vom (erwerbstätigen oder arbeitslosen) Mann nicht



ausgefüllten Leerstelle. Der Erziehung von Kindern wird klassenspezifisch unterschiedlich viel, aber insgesamt weniger Aufmerksamkeit gewidmet als im Fordismus, was für das Kapital aber so lange kein Problem darstellt, wie weltweit ein Heer von Arbeitskräften zur Verfügung steht.

Der Staat war und ist Kampffeld und Motor des neoliberalen Umbaus. Nachdem sich weltmarktorientierte Kapitalfraktionen, organische Intellektuelle, neusozialdemokratische Regierungen und konservative politische Kräfte zum transnationalen gesellschaftlichen Block formiert hatten, gelang es ihnen aufgrund ihres organisatorischen Vorsprungs, neue und bestehende Elemente transnationaler Zivilgesellschaftlichkeit und Staatlichkeit zu etablieren bzw. zu vereinnahmen. »Staat« meint hier weder eine parlamentarisch-demokratische noch überhaupt eine territoriale Organisationsform, sondern bezeichnet eine institutionell fragmentierte und in sich widersprüchliche Struktur, deren »Hegemoniefunktion [...] transnational konzentriert« ist (S. 285). Transnationale Staatlichkeit steht dem Nationalstaat nicht dual gegenüber, da beide »durch ein gleichgerichtetes Macht- und Herrschaftsinteresse« verbunden sind (S. 313). Der Nationalstaat bleibt wichtig als »entscheidender Ort für die Sicherung der sozialen Kohäsion« (S. 326 f). Der Umbau des Wohlfahrtsstaats habe zunächst divergente Regime hervorgebracht, einerseits das angloamerikanische Ricardianische Workfare-Regime, das Löhne gesenkt, Beschäftigungsverhältnisse entformalisiert und so die Arbeit prekariert habe, und andererseits das kontinentaleuropäische Schumpeterianische Workfare-Regime, das Arbeitsprozesse flexibilisiert und so Arbeitskräfte requalifiziert und Produktivitätsfortschritte erzielt habe. Mittlerweile – wegen der institutionellen Festigkeit des Wohlfahrtsstaates ver- gleichsweise spät – sei die auf die gewendete Sozialdemokratie zurückzuführende Konvergenz der beiden Modelle im neoliberalen Workfare-Regime zu beobachten. Manche Wohlfahrtsstaatsforscher identifizieren mittlerweile ähnliche Trends. Trotzdem wäre hier die Kritik der dominanten Gegenpositionen angezeigt gewesen, einerseits der institutionalistischen Pfadabhängigkeitstheorie (Esping-Andersen), die Wandel nur innerhalb der Grenzen der sozialdemokratischen, konservativen und liberalen Wohlfahrtsstaatsregime annimmt, und anderer-

seits der marxistischen Konvergenzthese (Jessop), die für lokale oder nationale Wohlfahrtsstaaten gleichwohl die Möglichkeit nicht-neoliberaler, neo-etatistischer, neokorporativer oder neokommunitaristischer Projekte einräumt. Statt räumlich ungleich ausgeprägter Neoliberalismusvarianten sieht Verf. drei zeitlich aufeinander folgende politische Konjunkturen: Der konservativ-orthodoxe Neoliberalismus der 1980er Jahre verursachte soziale Instabilitäten, die zur Abwahl des Pionier-Blocks an der Macht führten. Der sozialdemokratische Neoliberalismus ab Mitte der 1990er Jahre versuchte seine soziale Basis auf die »neue Mitte« auszuweiten, vermied es aber, die ökonomische Logik des Neoliberalismus in Frage zu stellen, und drängte subalterne Gruppen weiter an den Rand. Daher sei der »dritte Weg« gescheitert: »Um die hegemonale Position zu verteidigen, hätte der neoliberale geschichtliche Block sich in populär-demokratischer Form erweitern müssen, die Interessen breiter Teile der Bevölkerung in einem kohärenten (Regierungs-)Programm aufnehmend« (S. 335). Gegenwärtig vollziehe sich der Wandel zum autoritären Neoliberalismus, der sich in den rechtspopulistischen Regierungen in Europa, im Krieg gegen den Irak, in der inneren Militarisierung nach dem 11. September 2001 und im Paternalismus des Workfare-Staats manifestiert. Die neoliberale Hegemonie mag grundsätzlich weniger kohärent sein als im Fordismus, aber dennoch »mehren sich die Zeichen für eine organische Krise des Neoliberalismus« (S. 360). Der abschließende Verweis auf einen sich abzeichnenden »Postneoliberalismus« enthält implizit den Vorwurf, dass die Regulationisten eine ganze Periode des Kapitalismus verschlafen hätten.

Es bleibt zu hoffen, dass die unglückliche Häufung formaler Mängel und das die Lektüre erschwerende Layout der breiten Rezeption dieses inhaltlich dichten, pointierten und stringenten »großen Werkes« (Elmar Altvater im Klappentext) nicht im Wege stehen. Auch wenn der Leser stellenweise daran zweifeln mag, ob denn die Verhältnisse tatsächlich so homogen neoliberal beschaffen sind, liefert Verf. doch eine überzeugende, umfassende und außergewöhnlich materialreiche Darstellung der neoliberalen Produktions- und Lebensweise, die dem Regulationsansatz obendrein den Ausweg aus einem theoretischen Impasse weist.

ERWIN RIEDMANN

**Günther Moewes:**  
**Geld oder Leben. Umdenken und**  
**unsere Zukunft nachhaltig sichern,**  
**Signum Verlag Wien-München**  
**2004, 318 S. (22,90 €)**

Die Botschaft des Buches ist bereits im Titel enthalten: Geld *oder* Leben. Der Autor will damit sagen, daß das Geld auf Grund der ihm eigenen Funktionslogik und Exponentialität die Grundlagen der menschlichen Existenz systematisch und unaufhaltsam zerstört. Ein zukunftsicherndes Leben sei daher nur jenseits von Geldwirtschaft und Wirtschaftswachstum möglich, wozu es eines grundlegenden Sinneswandels und radikaler Reformen bedarf. Gelingt dies nicht, so steuern die westlichen Gesellschaften unausweichlich auf ihren Untergang zu. »Offen ist nur noch, welche Katastrophe letztlich den Niedergang besiegeln wird, der Zusammenbruch der Finanzmärkte, der Versorgungskassen oder des Naturhaushalts« (S. 172).

Forciert werde diese Entwicklung durch den *Zinseszinsseffekt*, welcher die ökonomische, politische und soziale Polarisierung der Gesellschaft bewirke und damit den »Marsch in die Plutokratie« (S. 72), die ungeschminkte Herrschaft der Milliardäre. Die USA sind der übrigen Welt hier bereits ein Stück voraus. Grenzenloser Wirtschaftsliberalismus, »Feudalisierung« der Machtstrukturen, kulturelle Regression und medienwirksamer Personenkult bestimmen das Bild. Alles Indizien für einen historischen Niedergang, so der Autor, welcher sich vor unser aller Augen gegenwärtig vollzieht. Wird dem nicht Einhalt geboten, so endet die gegenwärtige Plutokratie ebenso wie die ihrer Vorgänger einst in Karthago und Rom »in Krieg und Chaos« (S. 238). Jahrhunderte des Rückfalls in die Barbarei und unsagbares Leid wären die Folgen.

Soweit die Hauptaussagen des Buches: provokant, aktuell und nicht wenig beunruhigend. Eigentlich genug, um eine Debatte auszulösen und zum Nachdenken anzuregen. Moewes gibt sich damit aber nicht zufrieden. Er versucht auch, die Ursachen für die katastrophale Fehlentwicklung des Kapitalismus im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert aufzudecken so-

wie Alternativen dazu aufzuzeigen. Hier offenbart das Werk jedoch einige Schwächen und Mängel.

Der analytische Teil ist für die Bewertung des Ganzen der wichtigste. Hier findet sich nicht nur das Fundament der Kritik des Autors an den gegenwärtigen Verhältnissen, sondern zugleich auch die Begründung seiner Alternativvorschläge. Dieser Teil ist es aber auch, der bei Fachleuten einiges Kopfschütteln, wenn nicht gar Ablehnung hervorrufen wird. Es ist hier nicht der Ort, auf alle theoretischen Unzulänglichkeiten und strittigen Punkte im Detail einzugehen, zumal die o. g. Hauptthesen unbedingt zu unterstützen sind. Einige kritische Punkte seien jedoch genannt, um die Diskussion anzuregen und die Debatte voranzutreiben. Dabei handelt es sich *erstens* um den mitunter dubiosen, nirgends aber klar definierten Geldbegriff des Autors. Von einem Werk, welches das »Geld« im Titel führt, sollte man erwarten, daß der Autor dem Leser erklärt, was er darunter versteht. Schließlich gibt es verschiedene Geldbegriffe und geldtheoretische Erklärungsansätze, was eine theoretische Verortung schon aus methodologischen Gründen unverzichtbar macht. Bei Moewes herrscht dagegen eine gewisse Beliebigkeit in der Wahl der Begriffe. Mal definiert er Geld als »Vermögen« (S. 62), mal als »Schuld« (S. 63), dann wieder als »Kapital«, als »Umlaufmedium«, als Aktiva oder Passiva (S. 57 f.). Dies verwirrt den Leser. Besser wäre es gewesen, hier mit klaren Begriffen zu operieren und die geldwirtschaftlichen Phänomene von *einer* theoretischen Plattform aus darzustellen (vgl. UTOPIE kreativ, Heft 160). Statt auf Ricardo, Marx, Schumpeter oder Keynes, Friedman, Hahn, Riese, Heinsohn, Steiger, Bofinger oder einen anderen ausgewiesenen Geldtheoretiker beruft Moewes sich auf einen Architekten und Hobbyökonom, den Freiwirtschaftler Helmut Creutz, als vermeintlich »großen alten Doyen der Geldtheorie« (S. 25). – Eine Wahl, die für sich spricht. Damit soll das Verdienst von Creutz, monetäre Phänomene unserer Zeit anschaulich dargestellt zu haben, nicht in Abrede gestellt werden. Einen Beitrag zur Theorie des Geldes aber hat er damit nicht geliefert.

Aus der ersten Unklarheit folgt eine *zweite*, schwerer wiegende. Moewes betont, daß Schulden und Geldvermögen »immer gleich

groß« seien, unterstellt zwischen beiden Kategorien aber eine Kausalbeziehung dergestalt, daß Schulden aus Vermögen erwachsen (S. 52 ff.). Dies ist nicht nachvollziehbar, weder saldenmechanisch, da Vermögen und Schulden zwei Seiten einer Medaille sind, noch banktechnisch, da die Ausreichung von Krediten und die Emission von Geld prozessual zusammenfallen. Diese Lesart zieht einen ganzen Rattenschwanz teilweise fragwürdiger und widersprüchlicher Schlußfolgerungen nach sich: So lesen wir auf S. 57, daß in der Bilanz der Notenbanken der (gesamte) Bargeldumlauf als Passivposten ausgewiesen ist, also als Kreditquelle, auf der nächsten Seite aber ist dann plötzlich von »Bargeldhortung« die Rede, womit sich der Autor eine der Lieblingsthesen der »Gesellianer« zu eigen macht, die der vorherigen Feststellung aber eindeutig widerspricht. So geht es munter weiter: So paßt zum Beispiel die von den Banken überall praktizierte multiple aktive Geldschöpfung nicht in die Vorstellungswelt des Autors. Sie wird daher als »abenteuerlich« abgelehnt. Ihre offensichtliche Praxis führt nicht zu einer Korrektur der vertretenen Position, sondern zu der etwas naiven Feststellung, die Banken mögen von dieser Methode in ihrer Kreditpolitik »keinen sehr exzessiven Gebrauch« machen (S. 60).

Im Zentrum der Argumentation steht jedoch nicht der Kredit, sondern der *Zins*. Hier wartet Moewes mit beeindruckenden Rechnungen und Grafiken auf, die letztlich aber nur eines zeigen, nämlich, daß mit den Geldvermögen die Zinseinkünfte wachsen. Da diese überwiegend kapitalisiert werden, führen Zins- und Zinseszinsseffekt zwangsläufig zu einem exponentiell verlaufenden Anstieg der Geldvermögen. Exponentielle Systeme enden jedoch langfristig »im Bereich des Irrealen« (S. 31). Was immer dies ökonomisch auch heißen mag, dem Autor ist unbedingt zuzustimmen, wenn er das durch Zins- und Zinseszins generierte Wachstum der Geldvermögen problematisiert und die sich darin manifestierende zunehmende Ungleichverteilung der Geldvermögen kritisiert. Es kann ihm auch gefolgt werden, wenn er angesichts der aktuellen Entwicklung die klassische, dem alten Industriekapitalismus gemäße Diktion, welche den Profit (Mehrwert) ins Zentrum der Analyse und der Kritik stellt, aufgibt und sie durch eine

der modernen Geldwirtschaft gemäße, worin der Zins die zentrale Größe ist, ersetzt. Die linke, namentlich die marxistische, Kapitalismuskritik hat diesen Aspekt bisher durchweg unterschätzt. Dieses Vorgehen wirft jedoch neue, bisher ungelöste Fragen auf. So ist bisher ungeklärt, was die Quellen des Zinses sind, was seine Substanz ausmacht und was seine Motivation ist. Hier wäre anzusetzen, um den geldwirtschaftlichen Ansatz einer Kapitalismuskritik nunmehr *wissenschaftlich* zu fundieren. Zudem wäre der Zusammenhang zwischen Geldvermögen und Produktivvermögen zu erörtern, ein Aspekt, der in dieser ganz auf das Geldvermögen fokussierten Darstellung weitestgehend fehlt. Würde man den Blick statt auf das Geld auf das »Geldkapital« richten, und damit auf das private Eigentum, so erwiese sich die hier vorgenommene Geldkritik vielleicht als zu vordergründig und zudem politisch desorientierend. Darüber wäre zu diskutieren. Auf jeden Fall beweist das Buch von Moewes, der von Hause aus Professor für industrielles Bauen ist, einmal mehr, wie wichtig es ist, die drängenden Fragen unserer Zeit offensiv anzusprechen und nicht darauf zu warten, bis sich die akademische Zunft der Ökonomen ihrer annimmt.

ULRICH BUSCH

Wolfgang Schwarz:  
Brüderlich entzweit.  
Die Beziehungen zwischen der  
DDR und der ČSSR 1961-1968.  
Veröffentlichungen des Collegium  
Carolinum, Bd. 97, Oldenbourg  
Verlag München 2004, 376 S.  
(49,80 €)

Schwarz legt mit der überarbeiteten Fassung seiner 1998 an der Universität Regensburg verteidigten Dissertation eine materialreiche Untersuchung der zwiespältigen zwischenstaatlichen und Partei-Beziehungen der beiden westlichsten realsozialistischen Staaten, der DDR und der ČSSR, vor. Er behandelt ihre interessante und problematische Phase zwischen 1961 und 1968, also der Zeit nach der »zwei-

ten Staatsgründung« der DDR durch den Mauerbau bis zum Vorabend des »Prager Frühlings«. Es sind Jahre der intensiven Suche beider Staaten und der sie führenden Parteien nach neuen Entwicklungswegen für den Sozialismus, die aber im günstigsten Fall parallel und meist konträr zueinander verliefen. Der offenen Konfrontation des Jahres 1968 gingen für die zwischenstaatlichen Beziehungen im Ostblock außerhalb des chinesisch-sowjetischen Konflikts für die damalige Zeit ungewohnt scharfe Kontroversen voraus. Sie begannen bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre und führten recht schnell die Idee eines »eisernen Dreiecks« beider Staaten gemeinsam mit Volkspolen gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus ad absurdum. Auf dieses Bollwerk hatte nicht zuletzt Walter Ulbricht seine Hoffnungen gesetzt, um sein Staatswesen zusätzlich zu den Moskauer Garantien auch durch die Interessenlage der beiden unmittelbaren Nachbarn abzusichern. »Neben der politischen und wirtschaftlichen Verflechtung ließen vor allen Dingen seit dem Zweiten Weltkrieg die übereinstimmenden sicherheitspolitischen Interessen die Tschechoslowakei, die DDR und Polen eng zusammenrücken. Die Bundesrepublik Deutschland galt dabei als »Frontstaat der NATO« als die größte potentielle Bedrohung der Sicherheit dieser Länder. Die KPČ sowie die »Polnische Vereinigte Arbeiterpartei« (PVAP) konnten bei ihrer Propaganda auf das Mißtrauen weiter Teile ihrer Bevölkerung gegenüber der Bundesrepublik bauen. Die überwiegende Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes fürchtete in der Tat Bonner Revisionsansprüche an ihre ehemaligen Siedlungsgebiete. In Polen herrschte Unsicherheit angesichts der durch die Bundesregierung abgelehnten Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. In der Existenz zweier deutscher Staaten sahen die politischen Führungen in Warschau und Prag einen stabilisierenden Faktor für die eigene Sicherheit, in der DDR einen Garanten gegen das »Wiedererwachen des deutschen Imperialismus« (S. 49).

Der Titel der Studie von Schwarz – »Brüderlich entzweit« – spielt auf eine 1967 in der DDR erschienene Publikation unter dem Titel »Brüderlich vereint DDR – ČSSR« an. Tatsächlich liegt die Schwarzsche Analyse näher an der Wirklichkeit. Denn sie verdeutlicht, daß

in dem scheinbar so monolithischen Ostblock unter sowjetischer Vormacht sehr wohl divergierende Auffassungen und Interessenkonflikte zwischen den Bruderländern vorhanden waren. Und es zeigt sich auch, daß die spätere Auseinandersetzung und Konfrontation um das tschechoslowakische Reformmodell eine Vorgeschichte mit Verletzungen und Verbitterungen hatte, die 1968 trotz aller Aufgeschlossenheit Ulbrichts für einen Prager Kurswechsel nach dem acht Jahre zuvor von Antonin Novotny realitätsfremd eingeleiteten »kommunistischen Kurs« und der damit verbundenen Wirtschaftskrise nie hatte ausgeräumt werden können. Das Verständnis füreinander war gering und die Einnahme sehr radikal gegeneinander stehender Positionen nur folgerichtig. Persönliche Animositäten der beiden Ersten Sekretäre, nationale Überheblichkeiten, das Verkennen gemeinsamer objektiver Interessenlagen und Befürchtungen verhinderten konstruktive Lösungen. Die »Zerrüttung des Verhältnisses 1968 zwischen den beiden Staatsparteien« war, so zeigt Schwarz, keineswegs »ausschließlich ein Resultat der Liberalisierung während des Prager Frühlings« (S. 1).

Die Auseinandersetzung drehte sich immer wieder um drei Fragenkomplexe, die der Autor in fünf inhaltlich sortierten und periodisierenden Kapiteln abhandelt: *Erstens*: Die außenpolitische Zusammenarbeit und die dabei ab 1964 spürbar werdende »unterschiedliche Beurteilung der »aggressiven Absichten« der Bundesrepublik« (S. 2) erwiesen sich für die DDR als bedrohlich. Hier witterte die SED-Führung nicht zuletzt angesichts der beobachteten ideologischen Umorientierungen zuallererst Gefahren für den eigenen Staat. In Wirklichkeit bewies die ČSSR ein weit feineres Gespür für die Neuansätze in der westdeutschen Außen- und Ostpolitik, aus denen sie vor allem wirtschaftlich ihren Vorteil schlagen wollte. Und das mehr und mehr ohne Rücksicht auf DDR-Empfindlichkeiten. *Zweitens*: In den ideologischen Streitereien zwischen den beiden Parteien gab die SED frühzeitig die sonst – wenn nicht gerade Moskau solche Kampagnen inszenierte – im Ostblock übliche öffentliche Zurückhaltung auf und spielte sich als ideologischer Wächter für die reine Lehre auf. *Drittens*: Die wirtschaftlichen Beziehungen erwiesen sich ebenfalls als kei-



neswegs komplikationsfrei, was mit den begrenzten Möglichkeiten der Partner bei der Suche nach Alternativen und einer unabgestimmten Wirtschaftsreformpolitik zusammenhing.

Der Mauerbau veränderte die Geschäftsgrundlage der Beziehungen DDR-ČSSR nachdrücklich. Er brachte der DDR nicht nur ihre Existenzabsicherung, wobei die Grenzschließung auf die politische Unterstützung des südlichen Nachbarn bauen konnte. Die aus Prager Verständnis eher fordernd vorgetragenen DDR-Wünsche nach wirtschaftlicher Beihilfe kollidierten aber mit der tschechoslowakischen Interessenlage. Die Prager Genossen beklagten schnell, daß die DDR-Wünsche genau jene Güter betrafen, die auch bei ihnen knapp waren. Zudem traten die nördlichen Nachbarn für sie viel zu belehrend und fordernd auf. In der eigenen Krise und angesichts der eigenen Bedürftigkeiten mochten sie sich hier nicht festlegen. Und der bedrängende Stil der deutschen Genossen mochte hier wie auch in Folge nicht zu einer besonderen Zuneigung beitragen.

Vor allem aber war durch die gemauerte Sicherung der DDR das Kapitel der besonderen Unterstützung für den sozialistischen deutschen Staat weitgehend abgeschlossen. Die Existenz der DDR stand nicht mehr auf dem Spiel, man konnte sich in der ČSSR stärker den eigenen wirtschaftlichen Intentionen widmen – und die hatten auch außenpolitische Dimensionen, die der DDR nicht behagen konnten. Denn man hoffte auf die Möglichkeiten der westlichen Wirtschaft.

Die Krise in den Beziehungen spitzte sich zwischen 1963 bis 1965 zu. Es waren zwei wesentliche Fragen, die die Entfremdung voneinander offensichtlich machten, da hier Entwicklungen auseinanderliefen, obwohl die DDR mit ihrem Neuen Ökonomischen System (NÖS) eigentlich die spannendste Periode ihrer Entwicklung eingeleitet hatte. Das waren einerseits nicht nur Dissonanzen, sondern konträre ideologische Positionen, die ihren Anfang in der sich in der ČSSR eigentlich nur mühsam und spät einsetzenden Entstalinisierung 1963 nahmen. Vor allem aber entfaltete die Kafka-Konferenz von Liblice im gleichen Jahr eine Eigendynamik, weil hier die Kritik am Realsozialismus aus der SED-Sicht den Boden für die Konterrevolution bereitete. Auf

dem 5. Plenum des ZK der SED im Februar 1964 trug Horst Sindermann die Kritik sehr drastisch vor und stellte sie in den Kontext des Konflikts mit Robert Havemann an der Berliner Humboldt-Universität. Die KPČ-Führung sah sich zu einer Zurückweisung veranlaßt, und selbst in Moskau gab es Zweifel, ob das Vorpreschen der Deutschen angesichts der so wieso schon fragilen »Einheit und Geschlossenheit« des sozialistischen Lagers besonders hilfreich wäre. Ein despektierliches Auftreten von Hermann Matern bei einer Prag-Reise Ende 1964, das Schwarz dokumentieren kann, goß nochmals Öl ins Feuer. Seine nationalistisch-überheblichen Positionen im kleinen Kreis wurden Antonin Novotny hinterbracht und veranlaßten die KPČ-Führung zum Protest.

Neben der verstärkten Kritik an der stalinistischen Praxis und der Führungsrolle der Partei sowie der Unfehlbarkeit der marxistisch-leninistischen Lehre sorgte man sich in der DDR-Führung wiederum um die damit vermeintlich einhergehende außenpolitische Sorglosigkeit. In Prag war man immer weniger an einer Konfrontation mit Bonn interessiert. Die noch unter BRD-Außenminister Gerhard Schröder 1962/63 eingeleitete Politik ließ das »eiserne Dreieck« brüchig werden. Verständlicherweise begriff die DDR die Gefahr, daß die zunächst nur »leicht modifizierte Haltung Bonns gegenüber Osteuropa« auf die Isolierung der DDR zielen mußte. »Die SED hatte unter diesen Voraussetzungen kein Interesse an intensiveren Kontakten zwischen den osteuropäischen Staaten und der Bundesrepublik, besonders da sie befürchten mußte, ihr bislang faktisch geltendes Mitspracherecht in Fragen der Außenpolitik der Bündnispartner gegenüber Bonn so nach und nach einzubüßen« (S. 115).

Demgegenüber erscheinen die Probleme bei der Erarbeitung gemeinsamer Wirtschaftsreformkonzepte in der vorliegenden Darstellung weniger verständlich. Die ideologischen und außenpolitischen Differenzen haben zweifellos zu ihrer Verschärfung beigetragen. Die eher »großherrschaftliche« Haltung der DDR zum südlichen Nachbarn war für Prag ebenso wenig hilfreich wie der Anspruch Ulbrichts, die DDR als »Mekka der sozialistischen Länder« zu profilieren. Trotzdem wären hier Einblicke

in die konkreten Diskussionen und Rezeptionen bzw. Nichtrezeptionen der jeweils anderen Überlegungen der Nachbarn eine wichtige Facette zum Verständnis des Scheiterns einer eigentlich möglichen, aber sichtlich nie angedachten Reformallianz der beiden am meisten entwickelten Ostblockstaaten.

STEFAN BOLLINGER

**Joschka Fischer:**  
**Die Rückkehr der Geschichte.**  
**Die Welt nach dem 11. September**  
**und die Erneuerung des Westens,**  
**Kiepenheuer & Witsch Köln 2005,**  
**304 S. (19,90 €)**

Rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf 2005 erschien Joschka Fischers jüngstes Buch. Der Außenminister, angeschlagen von der irdischen deutschen Visa-Affaire, entschwebt in ihm in höhere Weltregionen. Bereits der Titel setzt den kontradiktorischen Bezug zu Francis Fukuyamas weltbekanntem geschichtsphilosophischen Werk »The End of History and the Last Man«.

Fukuyama postulierte in seinem 1992 erschienenen Œuvre nach der Implosion des so genannten real existierenden Sozialismus die These vom Ende der Geschichte. Er verstand dabei Geschichte als einen einzigen, in sich schlüssigen evolutionären Prozess, dessen Entwicklung über den liberalen demokratischen Staat (und damit über den Kapitalismus) hinaus nicht denkbar sei.

Fischer reibt sich an der damit implizierten Position, dass menschliche Geschichte als zielgerichteter universalgeschichtlicher Prozess vom menschlichen Verstand erkannt werden kann. Ohne selbst eine wirklich geschichtsphilosophische Arbeit abzuliefern, ist für ihn mit dem 11. September 2001, mit den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon, »die Geschichte zurückgekehrt« und die Frage beantwortet, was denn nach dem Ende des Kalten Krieges kommen werde. Fischer entwirft entlang der Krisenherde der heutigen Weltpolitik mögliche alternative Zukunftsszenarien und diskutiert die Faktoren, die zu einer an internationalem Recht, Frieden

und Gerechtigkeit orientierten Weltordnung führen oder diese verhindern können. Ausgang offen.

Dass es der Autor vermeidet, dem Leser überhaupt eine schlüssige These zur weiteren Weltentwicklung anzubieten, lässt letzteren das Buch ziemlich unbefriedigt aus der Hand legen. Zwar zeugt der Band von der ungeheueren Belesenheit des Autodidakten Fischer, doch hat er die aktuelle politische Literatur zu den brennenden Themen des angebrochenen Jahrhunderts eher im Stil einer deskriptiven Literaturübersicht dargestellt als zu einem ur-eigenen Werk verarbeitet. Den mit dem Titel anvisierten Anspruch eines »neuen Fukuyama« kann Fischer jedenfalls nicht einlösen.

JOCHEN WEICHOLD

## Berichtigung

Die Redaktion bittet Reiner Tosstorff, Mainz, und die Leserinnen und Leser für Fehler beim Abdruck des Artikels »Moskau oder Amsterdam? Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937« in Heft 177/178 (Juli/August 2005) um Entschuldigung. Reiner Tosstorff hatte noch einige Verbesserungen vornehmen und insbesondere selbstverständlich die englischen Überschriften und Zitate ins Deutsche übersetzen wollen, aber das ist durch redaktionelle Fehler nicht mehr gelungen. Interessenten am Thema insgesamt verweisen wir gern auf Reiner Tosstorffs Buch »Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937«, Schoeningh Verlag Paderborn 2004.